

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Ulrike Höfken, Nicole Maisch, Cornelia Behm, Hans-Josef Fell, Bettina Herlitzius, Winfried Hermann, Peter Hettlich, Bärbel Höhn, Dr. Anton Hofreiter, Sylvia Kotting-Uhl, Undine Kurth (Quedlinburg) und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Gesunde Schulverpflegung für alle

Eine gesunde Lebensweise und Esskultur fangen in der Kinderzeit an. Deshalb ist die Verpflegung an Schulen und Kindertagesstätten von zentraler Bedeutung. Die Ergebnisse der KiGGS-Studie über die Gesundheitssituation der Kinder und Jugendlichen in Deutschland zeigt: das Problem von Übergewicht und Adipositas (starkes Übergewicht) verschärft sich besonders bei Kindern aus Familien mit niedrigem Sozialstatus, mit Migrationshintergrund und wenn Mütter selber übergewichtig oder adipös sind.

Übergewicht wird für den Anstieg verschiedener Folgeerkrankungen, wie Bluthochdruck, koronare Herzerkrankungen, Typ-2-Diabetes und orthopädische Erkrankungen verantwortlich gemacht. Allein die Herz-Kreislauf-Leiden verursachen in Deutschland Behandlungskosten von 35 Mrd. Euro jährlich. Wenn es nicht gelingt die falsche Ernährung schnell umzusteuern, werden die Folgekosten von ernährungsmitbedingten Erkrankungen für das deutsche Gesundheitssystem in den kommenden Jahren von jetzt etwa 70 Mrd. Euro auf über 100 Mrd. Euro ansteigen.

Dagegen stehen dem Einzelnen teilweise nur sehr geringe Mittel für eine gesunde Ernährung zur Verfügung. Für ein Kind von Arbeitslosengeld-II-Empfängerinnen und -Empfänger sind genau 2,71 Euro für Essen vorgesehen. Für eine ausgewogene Mischkost müsste es mindestens ein Euro mehr am Tag sein, ist das Ergebnis einer Studie des Forschungsinstituts für Kinderernährung (FKE) in Dortmund aus 2006. Und um am Schulessen teilzunehmen sind weitere Zuschüsse erforderlich, um allen Schülerinnen und Schülern unabhängig vom Geldbeutel mindestens eine gesunde Mahlzeit am Tag zu garantieren. Der Bundesminister für Arbeit und Soziales, Franz Müntefering, hat in seinem in der Frankfurter Rundschau vom 20. September 2007 dokumentierten Beitrag zur Armut in Deutschland, den Vorschlag eines gebührenfreien Essens in der Kita oder in der Schule formuliert.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche konkreten Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um den Ernährungsstatus bei Kindern aus Familien mit niedrigem Sozialstatus zu verbessern?
2. Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den Überlegungen von Sozialminister Franz Müntefering zu einem gebührenfreien Essen in Kindertagesstätten und Schulen?

3. Wie viele Kinder nehmen am Schulesse teil und wie hoch ist der Anteil an Kindern von ALG-II-Empfängerinnen und -Empfängern?
4. Wie hat die Einführung eines „Schulesse“ und der entsprechenden Infrastruktur Eingang in das Bundes-Finanzierungs-Programm zum Auf- und Ausbau von Ganztagschulen gefunden?
5. Welche Initiativen hat die Bundesregierung eingeleitet, um die Länder zu einer gesundheitsfördernden Schulverpflegung zu bewegen?
In welchen Ländergesetzen sind Grundsätze zur gesunden Schulverpflegung verankert?
6. Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den Ergebnissen der KIGGS-Studie des Robert Koch-Instituts, die besonders häufig Übergewicht bei Kindern aus Familien mit niedrigem Sozialstatus und mit Migrationshintergrund belegt?
7. Was tut die Bundesregierung dafür, dass die einzelnen Schulträger das Ziel einer gesunden Schulverpflegung nachhaltig verfolgen?
Welche Unterstützung bietet sie an?
8. Was tut die Bundesregierung um die aktuellen Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung für die Schulverpflegung zu unterstützen und liegen der Bundesregierung Informationen darüber vor, wie Schulträger und Schulaufsicht die Einhaltung der Regelungen kontrollieren?
9. Welche Qualitätssicherungssysteme bietet die Bundesregierung den Schulträgern an, die auch die ernährungsphysiologische Ausgewogenheit der Schulspeisen garantieren?
10. Welchen gesundheitlichen Stellenwert misst die Bundesregierung Schulumilchprodukten angesichts der Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung für die Schulverpflegung und den Ergebnissen der Nationalen Verzehrstudie bei?
Welche Handlungs- und Angebotsalternativen zur Beseitigung einer Mangelsituation wurden geprüft?
11. Wer kontrolliert mit welcher Frequenz die Qualität der Schulverpflegung?
Welche Ergebnisse wurden in den letzten 3 Jahren festgestellt?
Welche Konsequenzen wurden aus den Ergebnissen gezogen?
12. Wie, und durch wen erfolgt die Risikobewertung der Schulverpflegung angesichts z. B. von problematischen Salmonellenfunden in Großküchen wie dem Fuldaer Krankenhaus Anfang des Jahres 2007?
13. Wie fördert die Bundesregierung Familienbildung und Elternkompetenzen beim Schwerpunkt Gesundheitsprävention, gesunder Ernährung und Bewegung?
14. Welche Vernetzung der lokalen Ernährungsbildungsangebote wird von der Bundesregierung koordiniert und finanziell unterstützt?
15. Wie unterstützt die Bundesregierung die Einführung der Unterrichtsinhalte Gesundheit, gesunde Ernährung, Bewegungsförderung und innovative Hauswirtschaft auch in Aus- und Fortbildung von Lehr- und Erziehungskräften sowie den medizinischen Berufen?

Berlin, den 12. Oktober 2007

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion